

BASis Info 4/2016

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

06.05.2016

Politik, die DU sagt - www.baerbelbas.de



Liebe Leserin, lieber Leser,

das Thema Stahl kocht weiter auf hohem Niveau und ist spätestens jetzt auch im Deutschen Bundestag angekommen: Vergangene Woche haben wir die Lage der Stahlindustrie mit unserem Antrag „Stahlindustrie in Deutschland und Europa stärken“ auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion auf die Tagesordnung gesetzt und ein starkes Signal Richtung Brüssel gesendet. Der Antrag fordert die EU zur Unterstützung der deutschen und europäischen Stahlindustrie auf. Wir bleiben dran.

Das gilt selbstverständlich auch für die Stärkung der gesetzlichen Rente. Auch wenn die konkreten Entwürfe noch nicht auf dem Tisch liegen, ist klar: Wir werden Altersarmut nicht länger hinnehmen und das Rentenniveau stabilisieren. Das habe ich auch in den Gremien unserer SPD-Bundestagsfraktion betont und wir sind uns einig: Die Rentendiskussion müssen wir jetzt sehr ernsthaft führen. Unsere SPD wird nach einer umfassenden Bestandsaufnahme im Herbst Vorschläge zur Sicherung des Rentenniveaus vorlegen. Dafür muss

das Geld da sein. Jahrzehntelange Arbeit muss ein angemessenes Leben im Alter ermöglichen. Mehr als jede private Vorsorge ist dafür die gesetzliche Rente die Voraussetzung und das werden wir auch im Wahlkampf 2017 deutlich machen. Die solidarische Lebensleistungsrente und die Stärkung der Betriebsrenten können aber nicht warten, unsere Vereinbarungen werden wir jetzt umsetzen.

Ob das Freihandelsabkommen TTIP bis zur Bundestagswahl noch ein Thema ist? Natürlich muss die Globalisierung fair gestaltet werden, und mit internationalen Abkommen können wir Regeln setzen. Freier Handel muss aber immer eine dienende Funktion für die Gesellschaft erfüllen. Unsere roten Linien sind klar gesetzt: europäische Standards dürfen nicht unterboten werden, wir brauchen keine privaten Schiedsgerichte und wir fordern deutlich mehr Transparenz. Jeder Anschein von Geheimniskrämerei führt zu Skepsis bei den Menschen, deshalb finden die #TTIPLeaks jetzt auch so viel Beachtung. Was da jetzt veröffentlicht wurde, ist aber eigentlich keine Sensation,

sondern sind seit langem bekannte Forderungen der USA. Jetzt schwarz auf weiß.

Es bleibt dabei: Ich werde keinem Abkommen zustimmen, dass uns in Duisburg schlechter stellt. Wenn die US-Administration sich in zentralen Fragen wie dem Vorsorgegrundsatz, der Lebensmittelsicherheit und dem Investitionsschutz nicht bewegt, wird TTIP nicht kommen. Die kritische Haltung aller US-PräsidentschaftsbewerberInnen macht ein Abkommen auf US-Seite sowieso unwahrscheinlich. Als Parlamentarische Linke in der SPD-Fraktion halte ich es mit unserem PL-Sprecher Matthias Miersch: "Unter solchen Bedingungen macht es keinen Sinn, weiter zu verhandeln." In der Tat werden wir so keinen Vertragstext finden, der den Ansprüchen der SPD genügt. Und dann werde ich einem TTIP-Abkommen auf gar keinen Fall zustimmen.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



Stichwort: Fracking

Das Thema Fracking hat vergangene Woche im Deutschen Bundestag für viel Betrieb gesorgt. Zurecht: Fracking ist ein sehr wichtiges Thema und ich kann die Sorgen vieler Menschen nachvollziehen. Sowohl als Mitglied der Parlamentarischen Linken in der SPD-Bundestagsfraktion als auch gemeinsam mit den SPD-Bundestagsabgeordneten aus Nordrhein-Westfalen habe ich in klaren Beschlüssen zum Fracking unsere kritische Position untermauert. Und klar ist auch: Ich habe nicht gegen ein Fracking-Verbot gestimmt. Ich habe gegen zwei Anträge der Oppositionsfraktionen gestimmt - aus verschiedenen Gründen. Diese Gründe habe ich auch in meiner Persönlichen Erklärung zur Debatte im Deutschen Bundestag zu Protokoll gegeben (Auszug):

„Trinkwasser und Gesundheit haben für uns absoluten Vorrang.' Diese Festlegung aus dem Koalitionsvertrag im Kapitel zum Thema Fracking ist für mich Maßstab für das Handeln in der Großen Koalition. Wir wollen ein Gesetz, das die Umweltstandards für die bereits vorhandene Erdgasförderung verschärft. Wir wollen klare Regelungen und Rechtssicherheit schaffen.

Nach heutigen Informationen ist Fracking von Schiefer- und Kohleflözgas nicht verantwortbar. Die Risiken für Mensch und Umwelt überwie-

gen die potentiellen wirtschaftlichen Chancen. Um Wissenslücken zu schließen, halten wir in diesem Bereich allenfalls Erprobungsmaßnahmen in eng begrenztem Rahmen und unter strenger wissenschaftlicher und umweltfachlicher Aufsicht mit dem Zweck für zulässig, die Auswirkungen der Maßnahmen auf die Umwelt, insbesondere den Untergrund und den Wasserhaushalt, wissenschaftlich zu erforschen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass sich nur gemeinsam mit den Bundesländern Akzeptanz für solche Erprobungsmaßnahmen gewinnen lässt. Deshalb streben wir gemäß des Koalitionsvertrags eine Beteiligung der Länder im Rahmen möglicher Probebohrungen an.

Selbstverständlich ist für mich, dass beim Umgang mit Fracking am Ende der Deutsche Bundestag die Entscheidung treffen muss. Eine Expertenkommission kann das demokratisch-legitimierte Organ Deutscher Bundestag zwar beraten, aber keinesfalls ersetzen.

Ein undifferenziertes Verbot, wie von Grünen und Linken gefordert, konnte sich auch im Bundesrat nicht durchsetzen, obwohl Grüne und auch Linke an zahlreichen Landesregierungen beteiligt sind. Auch in den Ländern, in denen sie Verantwortung tragen wurde bislang nirgends ein

generelles Förderverbot für bereits vorhandene Fördermethoden ausgesprochen.

Ich setze nunmehr auf die Einigungsfähigkeit innerhalb der Großen Koalition und erwarte vom Koalitionspartner, das Regelungspaket zügig mit uns zusammen umzusetzen. Würde es nicht verabschiedet, bestünde die Gefahr, dass die derzeit auf Eis liegenden Anträge der Unternehmen neu gestellt werden.

Einen Schutz gibt es dann allein in Wasserschutzgebieten in den Kernzonen, nicht aber den notwendigen weitergehenden Schutz der Oberflächengewässer oder auch des Wassers für Lebensmittel und Mineralquellen. Zudem wollen wir mit dem Gesetz eine Beweislastumkehr bei Bergschäden aufgrund von Erdbeben einführen, die durch konventionelle Erdgasförderung hervorgerufen werden.

Angesichts dieser ernsthaften Herausforderungen ist es von Grünen und Linken kein parlamentarisch seriöses Verhalten, eine Abstimmung zum diesem Thema ohne Debatte zu beantragen. Ein solcher, allein taktisch motivierter Winkelzug wird der Problematik nicht gerecht. Auch aus diesem Grund lehne ich diese Anträge ab."

Die vollständige Fassung meiner Persönlichen Erklärung finden Sie auf meiner Website: www.baerbelbas.de



Besuch aus Duisburg zum Girls' Day



Einblicke in die vielfältigen Berufsbereiche der Politik zu geben. Der Girls' Day leistet einen wichtigen Beitrag für mehr Chancengerechtigkeit, wir wollen die Mädchen bei der Berufsorientierung unterstützen. Auch in der Politik brauchen wir mehr Frauen.

Bereits am Vorabend hatten alle das Reichstagsgebäude besichtigt, zum Start des Girls' Day stand dann ein Frühstück mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden und eine Diskussion zu Beschäftigungsperspektiven von Frauen auf dem Programm. Im Anschluss besuchte Clara-Sophie mich in meinem Büro und lernte beim Planspiel „PolitikParcours“ den Weg der Gesetzgebung kennen. Außerdem konnte sie eine Plenardebatte erleben. Fazit: „Ich glaube, Politik als Beruf ist Hardcore. Ich möchte mich aber in jedem Fall stärker politisch engagieren.“

Clara-Sophie Simons (17) aus Rumeln-Kaldenhausen erlebte auf meine Einladung hin den Girls' Day der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin. „Ich fand es super spannend, den Alltag von Frau Bas und dem ganzen Bundestag kennenzulernen.“

Für 60 Schülerinnen aus ganz Deutschland öffnete die SPD-Fraktion ihre Türen, um

Lärmschutz am RRX

Der Rhein-Ruhr-Express ist ein Projekt von sehr hoher Bedeutung. Es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, dass der 6-gleisige Ausbau der Strecke zwischen Düsseldorf-Kalkum und Duisburg HBF im Sinne der Anwohnerinnen und Anwohner umgesetzt und mit zusätzlichem sowie modernem Lärmschutz versehen wird. Das haben mein Bundestagskollege Mahmut Özdemir und ich auch in einem Brief an Verkehrsminister Dobrindt deutlich gefordert.

Im aktuellen Arbeitsentwurf des Bundesverkehrswegeplans ist noch vermerkt, dass dieser Ausbau geprüft wird - obwohl das ganze Projekt als vordringlich eingestuft wird und auch die zu erwartenden Nachfragesteigerungen erkannt sind. Das Bundesverkehrsministerium muss jetzt Wort halten und den Entwurf zügig nachbessern.

Promi-Enten auf dem Präsentierteller

"Das Leben ohne Promi-Ente ist möglich, aber sinnlos." (frei nach Lorient). Seit 6 Jahren veranstaltet der Verein für Körper- und Mehrfachbehinderung (VKM) Entenrennen für den guten Zweck. Da bin ich gerne dabei, auch zur Ausstellung vieler toller Enten bei der Firma Dahmen und Söhne KG. Das nächste Rennen ist am 12. Juni. Weitere Infos: www.vkm-duisburg.de



+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++09.05.-13.05.: Sitzungswoche des Bundestages +++

+++14.05.: Klassenerhalt des MSV gegen Leipzig+++

+++18.05.: Gegenbesuch bei einer 9. Klasse im Mercator-Gymnasium+++

+++20.05.: UB-Parteitag der

Duisburger SPD in der Mercatorhalle+++

+++Weitere Termine auf www.baerbelbas.de+++



Neues am Ende

Alle Menschen in Deutschland müssen sich sicher fühlen können!

„Sicher sein und sich sicher fühlen“ war das Thema der Konferenz zur öffentlichen Sicherheit, zu der unsere SPD-Fraktion Vertreterinnen und Vertreter von Feuerwehr, Technischem Hilfswerk, Polizistinnen und Polizisten sowie Engagierte aus Hilfsorganisationen in den Deutschen Bundestag eingeladen hatte. Ein guter Dialog, der fortgeführt werden muss.



Mahmut Özdemir und ich konnten unseren Duisburger THW-Ortsbeauftragten Peter Bunzeck in Berlin begrüßen.

Öffentliche Sicherheit reicht von der Prävention bis zur Strafverfolgung, von der Katastrophenvorsorge bis zur Hilfeleistung im

akuten Notfall. Daher ist es so wichtig, dass wir mit denen ins Gespräch kommen, die sich täglich um unsere Sicherheit kümmern.

Sicherheit darf kein Privileg für reiche Menschen sein. Deswegen brauchen wir einen starken Rechtsstaat, der Freiheit und Sicherheit aller Menschen schützt und die Bürgerrechte wahrt. Wir brauchen daher zum Beispiel eine weitere Stärkung der Sicherheitsbehörden oder auch besseren Einbruchsschutz.

Mein Tagebuch

Die deutsche Steuerdiskussion ist voll von Mythen, Irrtümern, Halb- und Unwahrheiten. Zur Öffnung und Versachlichung der Diskussion haben einige meiner SPD-BundestagskollegInnen das Projekt STEUERMYTHEN.de ins Leben gerufen. Ein Projekt, das ich gerne unterstütze. Mehr dazu hier: www.steuermymthen.de

Ein besonders schöner Geburtstagskartenspruch kommt in diesem Jahr von meiner SPD-Bundestagskollegin Dorothee Schlegel: „Manches Mal hat Dein Job so etwas wie der Fels in der Brandung zu sein im Trubel des Arbeitens hier“. Stimmt. Ziemlich genau so fühlt sich das auch an, wenn man als Parlamentarische Geschäftsführerin im

Plenum sitzt und Ordnung wie Fassung bewahren muss.

Zwischenstand zum Wohnungsgesuch für den Kinder- und Jugendhospizdienst des Malteser Hospizzentrums St. Raphael in meiner April-BASis Info: Einige Angebote für die vierköpfige Familie aus Neumühl auf der Suche nach einer barrierefreien 4-Zimmer-Wohnung sind eingegangen. Die Angebote werden gerade geprüft, schon einmal vielen Dank. Weitere Angebote für barrierefreie Wohnungen mit mehr als 2 Zimmern sind übrigens immer willkommen. Diese Familie ist leider kein Einzelfall, die Suche nach einer barrierefreien Wohnung ist für viele Familien in Duisburg sehr schwer.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas

Impressum: V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607